



Wer wie Wissen schafft – und abschafft

Wer studiert, möchte sein Wissen erweitern. Die Universität ist diejenige gesellschaftliche Institution, die dafür die optimalen Bedingungen schaffen soll. Sie hat Studium und Forschung so zu fördern, dass das Studium gut ausgebildete, in ihrer Individualität entwickelte Forscher hervorbringt, die auch weiterhin den nötigen Freiraum vorfinden, um den allgemeinen Horizont des Wissens stetig zu überschreiten.

Doch statt einer solchen Evolution herrscht an der Universität Stagnation. Das Studium bietet dem Einzelnen kaum Möglichkeiten, seine individuellen Interessen und Fähigkeiten fortzubilden, die Forschung kaum Möglichkeiten, neues ungesichertes Terrain zu erschließen. Alles wird »strukturiert«, Freiräume planmäßig reduziert. Zwänge der Statistik und der ökonomischen Verwaltung bestimmen Studien- und Forschungsalltag (**Seite 4 bis 6**).

Würde etwa eine revolutionäre Idee wie Charles Darwins Theorie heute gefördert? Charles Bennetts Karikatur von der Verwandlung des Schulljungen zum Affen und zum Papageien im Käfig, auf den der Schulljunge belustigt zeigt, erscheint heute als Sinnbild des geschlossenen Kreislaufes gelenkter

Wissenschaft, die nur *A monkey trick* ist. Wer als Student oder Forscher schulgemäß nachplappert, was einem vorgesagt wird, macht sich jedenfalls zum Affen.

Denn was bedeutet ein Studium ohne jede Ambition auf Forschung, und was eine Forschung, in der einem wie in der Schule diktiert wird, was man zu tun hat? Von Antragskultur und Scheinerwerb, von Forschung im Stechschritt und Studium nach der Stechuhr berichtet der forsche Forschungsschlumpf auf den **Seiten 2 und 3**.

Wie groß die Abhängigkeit der Uni von Drittmitteln ist, was es mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft als dem größten Geldgeber auf sich hat, welche Probleme damit verbunden sind, dass nicht offen gelegt wird, welche Forschung mit wie viel Geld gefördert wird, findet sich auf **Seite 3 bis 5**. Die Wissenschaft wird so immer abhängiger. Anträge schreiben und Drittmittel einzuwerben wird zum eigentlichen Inhalt des Forscherlebens.

Was die umstandslose Exekution von Forschungsvorgaben für Folgen hat, wie sie Forschung verhindert, anstatt zu befördern, und was *Open Access* und das Zweitveröffentlichungsrecht damit zu tun haben, zeigt **Seite 6 bis 8**.

Ein Forschungsschlumpf im bürgerlichen Trauerspiel

Studium ohne Forschung und Forschung ohne Studium?

Eines Tages – ich wollte spontan ein Seminar besuchen, das für mich eigentlich gar nicht vorgesehen war – irrte ich durch die betriebsamen Flure der schönen Neuen Universität (*brave new university*) und versuchte, meinen Seminarraum zu finden. Wenig hoffnungsvoll fragte ich ein paar Studenten, die sich aus Nervosität naturgemäß in einer Ecke zusammengeschart hatten, ob sie mir helfen könnten. Sie konnten nicht. Aber in dem Raum da vorne, wie man mir bedeutungsschwer deutete, da saßen jedenfalls nur die *Forschungsschlumpfe*: Dieses Seminar könnte ich also nicht meinen. Etwas irritiert ging ich meiner Wege, halb Schlumpf, halb Student.

Wenige Tage danach saß ich in meinem Cambridger College, das mich während meines schlumpfigen Forschungsaufenthalts beherbergte, beim gemeinsamen Abendessen, und da mir diese Begegnung noch immer im Kopf herumgeisterte, erzählte ich von dieser merkwürdigen Begebenheit. Mit dem ernüchternden Ergebnis, dass ich den Witz anschließend umständlich erklären musste, da meinen Zuhörern die Unterscheidung von »normalen Studenten« und »Forschungsschlumpfen« noch weniger einleuchten wollte, als ich sie damals selbst begriffen hatte. Von da an jedenfalls war ich allgemein bekannt als der »german Forschungsschlumpf«.

Studenten vs. Forscher?

Warum aber zeichnet man eine so scharfe und abschätzige Differenz von Studenten und Forschenden überhaupt ein? Wofür ist eine solche Bezeichnung symptomatisch? Ist ein forschender Student irgendwie eine lächerliche Vorstellung? Sollte es nicht so sein, dass der Studierende immer auch forscht und der Forschende zugleich studiert?

Immerhin hängt »forschen« etymologisch mit »fragen«, »prüfen« und »suchen« zusammen; »studieren« aber heißt, so paraphrasiert das Paulsche Wörterbuch das lateinische »studere«, »sich aufmerksam, ernst und fleißig einem (wissenschaftlichen) Gegenstand widmen«. Der lebenslang lebendige Geist, so sollte man zumindest meinen, kennt keine Grenzen zwischen Studenten, die während ihres Studiums immer auch forschen und Forschern, deren Forschung immer auch ein fortgeführtes Studieren ist. Die Realität aber, die schlumpfige, sieht anders aus.

Es fängt an mit einem Studium ohne Forschung, das nahtlos an die Schule anknüpft, wo es so etwas Merkwürdiges wie Forschung ja leider auch nicht gibt. Forschen bedeutet, sich selbst auf den Weg zu machen, neugierig zu sein und selbstbestimmt zu arbeiten. Es ist geprägt von Eigenständigkeit und Kreativität, es generiert neues Wissen. Ein verschultes Studium aber sieht so aus: Auswendiglernen, Repetieren, Wissenskapital anhäufen, *copy and paste*, Gruppenreferate, *PowerPoint*präsentationen, Klausuren vor und nach dem Kurs, Anmeldemodalitäten, Anwesenheitspflicht, Notenstress, Abgabetermine. Dazu kommen Hausarbeiten, deren Themen vorgegeben sind, Dozenten, die abweichende Themen, die irgendwie vom *common sense* abweichen, nicht annehmen, und Prüfungsthemen von der Stange – da kann man nichts falsch machen, aber auch

nichts richtig. Wer »bürgerliches Trauerspiel« als Prüfungsthema wählt, weil es da nicht viel gibt und dazu genug vorformuliert ist, der führt ein eben solches Trauerspiel auf. Studieren heißt also: nicht forschen.

Es geht weiter mit einer Forschung ohne Studium. Ob die Dissertation angenommen und gefördert wird, ob man an einem Forschungsprojekt teilnehmen oder gar eines initiieren kann, ist fraglich. Denn erforscht wird, was man schon weiß, man entdeckt, was man vorher in Phrasen selbst verborgen hat. Eigeninitiative ist unerwünscht, dafür aber gerne die Beteiligung an großen Clustern wie »Das Universum und der Mensch in Hinsicht auf das Leben«. Die Teilnahme am Kollektiv, Prolongation der Schule, ist nahezu obligatorisch: Graduiertenschule, Kollegs, interdisziplinär und international. Übrigens lernt man in der Graduiertenschule, was das Wichtigste ist, nämlich wie man Drittmittel einwirbt und *networking* betreibt – die ausgeklügelten Drittmittel machen schließlich mittlerweile die Hälfte des Geldes der Universität überhaupt aus. Und nicht zuletzt ist die in einem solchen Kompetenzzentrum geschulte Kompetenz, kompetent zentrale Drittmittel einzuwerben, ein hartes Kriterium bei der kompetenten Vergabe von Professuren (bei Fragen hierzu kann man sich auch an den *Career Service* wenden, übrigens in *Public Private Partnership* mit MLP).

Statt Offenheit und Vielfalt der Forschung zu fördern, individuelle engagierte Projekte, mündet die Forschungsförderung unspezifisch im breiten Flussbett des *mainstream*. Die Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft wirken so als ökonomische Zwangskeule, während doch nur eine stabile und ausreichende Grundförderung die Freiheit des Forschens tatsächlich gewährleisten würde. Stattdessen heißt es, die *Maxime des double-bind*, sei spontan, sei frei, sei innovativ: mach, was wir vorschreiben, tue es genau so, bestätige das Alte.

Man ist nur damit beschäftigt, Anträge zu schreiben, um genug Zeit und Mittel zu haben, den nächsten Antrag zu verfassen, und so geht es *ad infinitum* immer weiter. Das Ergebnis und das Interesse müssen mit der Erwartung und den Interessen der Förderungsvereinbarung übereinstimmen, nicht mit dem des Forschers. Abweichendes jenseits alles ökonomischen und prestigegetränkten Kalküls hat wenig Chance. Was sich Forschungsförderung nennt, ist in Wirklichkeit Forschungslenkung und Forschungsverhinderung, ohne dass irgendwer über die Motive öffentlich Rechenschaft ablegen müsste. Systematisch wird die Verantwortung für diesen Missstand verschleiert (siehe S. 3-5). Forschen heißt also: nicht studieren.

Universität ohne Studenten und Forscher

Studium und Forschung, so lässt es sich auf den Punkt bringen, durchziehen inzwischen die gleichen absurden Strukturen, die verhindern, dass ordentlich studiert und richtig geforscht werden kann. Ein Forscher aber, der nicht mehr studiert, der schon alles weiß, was man wissen muss, und sich um nichts mehr bemüht, ist kein Forscher, und ein Student, der nicht forscht, weil er gar nichts Neues wissen will, weil er nur wissen muss, was geprüft wird, wird nie ein richtiger Forscher werden. Eine



Universität ohne Studenten und ohne Forscher? Wo sich keiner mehr bemüht, zu lernen und zu wissen? Kollektiver Opportunismus statt individuellem Eros des Forschers?

Statt Mündigkeit zu fördern, wird jedenfalls der Gestus der Unterwerfung eingeübt, statt Kritikfähigkeit ist Assimilation gefordert. Die Exzellenzinitiative z.B. verordnet Forschung (»Top-down«): Sie initiiert, diktiert, was zu tun ist, anstatt dass individuelle Forscher selbst die Möglichkeit haben, die Initiative zu ergreifen (»Bottom-up«). Nicht etwa stellt man dem Forscher einen individuellen Freiraum zur Verfügung, man zwingt ihm unsinnige Rahmenbedingungen auf.

Der lebendiger Geist aber ist ein kritischer Geist. Denn sich zu bilden, hat durchaus ethische Implikationen. Nicht-Wissen-Wollen dagegen, Wissen zu verhindern, ist Barbarei. Sich selbst zu bilden, zu studieren, braucht freie Entfaltung, genauso wie Forschung sie nötig hat. Das bedeutet, Bedingungen zu schaffen, die von Offenheit geprägt sind, die auch Interessen zu-

lassen, die riskant sind, die alte Routinen durchbrechen. Eine freiheitliche Demokratie, die sogenannte Bildungsrepublik Deutschland muss diese ihre eigensten Interessen vertreten, anstatt nivellierende Forschungsförderung illegitim und intransparent zu delegieren.

Noch aber wird Abweichung auf allen Ebenen sanktioniert. Man lernt, sich wie von selbst, wie von einer unsichtbaren Hand geführt, in eben jenen Bahnen zu bewegen, die einem strukturell scheinbar vorbestimmt sind. Die Erde steht im Mittelpunkt des Universums, der lebendige Geist tönt Sphärenmusik, Forschungsschlümpfe erforschen den Nabel der Welt, ihren eigenen, und die Studenten bemühen sich, nicht einzuschlafen bei der nächsten PowerPointpräsentation über ihre nächste Prüfung. Irgendwo blitzt etwas auf und vergeht in das dunkle Einerlei des Hochschulalltags. Und irgendwann wird aus dem Schnarchstudenten dann tatsächlich: ein Forschungsschlumpf.

Gregor Babelotzky

Forschungspolitik hinter geschlossener Vereinstür

Zur Struktur der größten forschungsfördernden Einrichtung der Bundesrepublik

Nicht erst seit der neuerdings fast schon zum Sport auserkorenen Massenaufdeckung von Plagiaten deutscher Politiker, ist der Verdacht aufgekommen, dass in der Wissenschaft nicht alles mit rechten Dingen zugeht – besonders dann, wenn Wissenschaft, Politik und Geld zusammenkommen.

Schließlich geht es um viel Geld, genauer um eine Höhe zwischen 2.300.000.000 und 2.700.000.000 Euro, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) jedes Jahr in der deutsche Wissenschaftslandschaft verteilt. Diese Gelder bilden den größten Teil der berühmten Drittmittel, die als der Dritte im einstmaligen Bund zwischen Forscher und Universität angesichts der chronischen Unterfinanzierung letzterer immer mehr zum finanzierenden Hauptansprechpartner beider wird. So dient bspw. der »Heidelberg Research Service« des Forschungszentrums einzig dazu, Heidelberger Forschern mit Tipps, Tricks und Kniffen bei der Eintreibung von Drittmitteln beiseite zu stehen – ohne diese könnte die Uni längst ihre Pforten dichtmachen: Über die Hälfte des Personaletats der Universität Heidelberg wird momentan durch Drittmittel finanziert.

Dass ein Großteil dieser Drittmittel nicht von privaten Stiftungen, der Industrie oder sonstigen typischen Interessenvertretern kommt, sondern von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die ihre Gelder zu 3/4 aus dem Forschungsetat des Bundes und zu 1/4 aus dem der Länder bezieht, mag auf den ersten Blick vielleicht beruhigend wirken, auf den zweiten befällt einem dann aber doch ein leichtes Unbehagen angesichts der rechtlichen Organisationsform der DFG.

Vereinsrecht als Instrument der Geheimpolitik

Die DFG hat die hoheitliche Aufgabe der Wissenschaftsförderung der Bundesrepublik Deutschland inne. Sie ist dabei aber weder eine Abteilung eines Wissenschaftsministeriums (des Bundes oder der Länder), noch eine Stiftung, sondern ein

ganz normaler eingetragener Verein. Genau wie der deutsche Taubenzüchterverein ist die DFG aufgrund des deutschen Privatrechts Nicht-Mitgliedern keine Rechenschaft über ihre Entscheidungen und Ausgaben schuldig, lediglich das Finanzamt prüft alljährlich, ob die Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen und der Satzungszweck erfüllt wird. Was innerhalb der Blackbox DFG passiert, muss nicht nach Außen kommuniziert werden.

Zwar bezeichnet die DFG sich selbst als »Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland«, doch ist den Wissenschaftlern selbst per Satzung eine Mitgliedschaft in der DFG untersagt, lediglich Hochschulen, Forschungsverbände, Akademien und sonstige wissenschaftliche Verbände (kurz: Institutionen) dürfen Mitglied der DFG werden. Der »Deutsche Hochschulverband«, größter Zusammenschluss von Hochschul Lehrern, aber nicht.

Aufgrund der Vereinsstruktur unterliegt die DFG auch nicht dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das einer Transparenz behördlicher Entscheidungen dient, wie dem Bericht des Datenschutzbeauftragten an den Deutschen Bundestag vom 8.4.2008 (Drucksache 16/8500, S. 67) zu entnehmen ist. Ausgangspunkt für den Bericht war die Weigerung von DFG und Wissenschaftsrat, Auskunft über die Kriterien zur Mittelvergabe im Zuge der Exzellenzinitiative zu geben. Der Datenschutzbeauftragte kam zu dem Ergebnis, dass die DFG sich »aufgrund ihrer privatrechtlichen Organisationsform als eingetragener Verein« ebenso wenig in die Karten schauen lassen müsse wie der Wissenschaftsrat, bei dem es sich um ein »eingesetztes Beratungsgremium [handele], das keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt« (vgl. UNiMUT, Nr. 189, 2009).

Die privatrechtliche Rechtsform des Vereins wurde bei der Wiederneugründung der DFG 1951 aufgrund der Erfahrungen der Wissenschaftslenkung während des Nationalsozialismus gewählt (vgl. UNiMUT Nr. 206, 2010). Heute, 60 Jahre später, sagt der DFG-Präsident Matthias Kleiner in einer Pressemitteilung vom 7. Juli 2011: »Damals lag ein besonderes Augen-

merk auf der wissenschaftlichen Selbstverwaltung, und es galt, dieses Prinzip gegenüber der Politik zu behaupten. Heute ist man hierzulande und auch in der Politik stolz auf diese Selbstverwaltung, die es so wohl nirgendwo anders gibt. Und man schätzt die DFG eben, weil sie unabhängig und zugleich in Hörweite der Politik ist«.

Und tatsächlich hat die DFG ihr Ohr sehr nah an der Politik: Der Wissenschaftsrat, jenes bereits zuvor erwähnte beratende Gremium der Bundesrepublik, das jedoch gleichzeitig die bundesweite Wissenschaftspolitik bestimmt, hat auch bei der DFG eine beratende Position inne. Der Wissenschaftsrat selbst setzt sich aus zwei Kammern zusammen: Die Mitglieder der ersten, genannt »Wissenschaftliche Kommission«, werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Mitglieder der DFG berufen; die zweite, genannt »Verwaltungskommission« setzt sich aus den Bildungs- und Wissenschaftsministerien zusammen. Jene zuletzt genannten wiederum ernennen die Mitglieder in den Uni-/Hochschulräten, die ihrerseits die Rektoren der Unis ernennen und gleichzeitig beaufsichtigen. Und seit der Überarbeitung der Landeshochschulgesetze haben die Rektoren quasi diktatorische Vollmachten über den Senat (vgl. hierzu ausführlich UNiMUT, Nr. 199, 2009). Eine perfekt abgeschlossene Struktur also.

Angesichts der prekären rechtlichen und politischen Konstellation, dass die DFG nahezu ausschließlich aus Steuergeldern finanziert wird, jedoch als Verein nicht rechenschaftspflichtig bezüglich ihrer Vergaberegularien ist und dies auch nicht freiwillig tut, erscheint es geradezu verwunderlich, dass erst jetzt öffentlicher Widerstand gegen eine solche Praxis laut

wird: Am 1. Juli 2011 forderten fünf Wissenschaftler und Verleger auf einer Tagung im Berliner Ensemble, die den Titel »Freie Wissenschaft vs. Geheime Wissenschaftsförderung« trug, eine grundsätzliche Neuordnung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und traten damit eine »längst überfällige Debatte« los. Der Heidelberger Literaturprofessor Roland Reuß, der Münchner Juraprofessor Volker Rieble, der Konstanzer Bibliothekar Uwe Jochum sowie die Verleger Georg Siebeck und KD Wolff monierten vor allem die durchgängige Intransparenz der DFG sowie deren Tendenz zur Forschungslenkung.

Statt »freiwilliger« Auflistung aller geförderten Projekte, inklusive der Fördersummen, gibt die DFG alljährlich lediglich einen 300-Seiten starken, bunt illustrierten Jahresbericht heraus, der mehr Ähnlichkeit mit einer Werbebroschüre als mit einem Rechenschaftsbericht hat. Man findet darin nur allgemeine Zahlen wie z.B. dass 2009 912,1 Mio. zu den Lebenswissenschaften, 571,8 Mio. zu den Naturwissenschaften, 501 Mio. zu den Ingenieurwissenschaften und 366,2 Mio. zu den Geistes- und Sozialwissenschaften flossen. Wohin genau, erfährt man jedoch nicht.

Das Dickicht des Gutachterverfahrens

Auch das Gutachterverfahren – also die Entscheidung, ob ein Projekt gefördert wird oder nicht – verläuft augenblicklich noch vollkommen anonym und intransparent. Die Antragsteller erfahren weder wer, noch warum mit dem Verfassen eines Gutachtens betraut wurde, noch welche Gründe eine eventuelle

Planwissenschaft:

55% der Personalstellen an der Universität Heidelberg sind von Drittmitteln abhängig. Der größte Teil der Mittel kommt von der DFG (auch als Financier der Exzellenz). Diese Drittmittel fließen hauptsächlich in die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Gewicht der Drittmittel in diesen Bereichen stellt eine Abhängigkeit dar und ist strukturbildend.

Das Land als Träger der Universität zieht sich finanziell zurück, die Universität muss ihre Bemühungen um Finanzen aus dritter Hand intensivieren. Sie ist Bittstellerin, was sie niemals zugeben würde; stattdessen zeigt sie nur ihre nehmende Hand und versteckt die Gehorsam gebende fingerkreuzend hinterm Rücken. Sie postuliert die Wissenschaftsfreiheit als Maß aller ökonomischer und struktureller Hochschulpolitik, hat aber das Programm ihrer mächtigsten Geldgeber zum Leitfaden hochschulinterner Reformen gemacht. Das führt entweder zu einem schmerzhaften argumentativen Dilemma: Das I-A des Geldesels muss in

eigensinniges Geschnatter übersetzt werden, obwohl man nur einen Papagei zur Hilfskraft hat. Oder es führt zu einem Zynismus, demzufolge jede noch so krasse Widersprüchlichkeit als benutzbares Sprüchlein gebraucht wird, wie das Amen in der Kirche vor des Pastors Sprung ins Nonnengemach.

Struktur-Propaganda

So folgt die vom Senat der Universität veröffentlichte Empfehlung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (<http://www.uni-heidelberg.de/einrichtungen/organe/senat/nachwuchs.html>) wiederum den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Hochschulrektorenkonferenz: zur »flächendeckenden« (Planquadrat Wissenschaft) Einführung strukturierter Promotionsprogramme: »Die Universität Heidelberg ist auf diesem Weg bereits ein gutes Stück vorangekommen...« Demgegenüber wird das alte Lied von der Indi-

Der Begriff »flächen-deckend« kommt aus der Sprache des Imperialismus. Ob im nationalsozialistischen Generalplan Ost oder als Metapher für die Eroberung des Unbewussten: Flächen-deckend ist ein Plan, der Freiräume nivellieren soll. Wer sich solcher Terminologie bedient, entlarvt sich als Exekutive generalstabsmäßiger Unterwerfung eines Herrschaftsraumes – Rektor Eitel als Feldmarschall des von der DFG dirigierten Wissenschaftskolonialismus.

Ablehnung hatte. Nicht einmal, ob sie inhaltlicher oder formaler Art waren. Dazu Roland Reuß in Berlin: »Wer als Wissenschaftler nicht bereit ist, mit seinem Namen zu bürgen, hat als Gutachter in einem für wissenschaftliche Projekte so wichtigen Prozeß nichts verloren. Mit der ungekürzten Zustellung nicht anonymen Gutachten an den Antragsteller verlöre der manchmal nicht ganz unbegründete Verdacht, Willkürentscheidungen ausgesetzt zu sein, seine Grundlage.«

Ein weitere Forderung zur Reform der DFG der Berliner Tagung war eine genaue Dokumentation der internen personalen Prozesse der DFG. Dass in verschiedenen Gremien der DFG, den Wissenschaftsministerien, in Unter- und Überausschüssen immer die gleichen Namen vorkommen, mag seine internen Gründe haben, nähre jedoch »den Verdacht, dass dort sachfremde Mehrheitsentscheidungen getroffen werden, oder dass sich dort gar gegenseitig Pfründen zugeschoben werden«, so der Tübinger Verleger Georg Siebeck.

Durch diese systematische Intransparenz wecke die DFG (ob berechtigt oder nicht) den Verdacht, dass hinter verschlossener Vereinstür nicht alles mit rechten Dingen zugehe. Dies könne nicht im Interesse der größten deutschen forschungsfördernden Einrichtung liegen.

Forschungslenkung durch Antragsbürokratie

Desweiteren sei das gesamte Antragsverfahren der DFG so undurchsichtig und mit ausgesprochenen »Erwartungen« in Bezug auf die Antragsformulierung durchtränkt, dass man nicht mehr

von einer rein forschungsfördernden, sondern zunehmend von einer forschungslenkenden Einrichtung sprechen müsse. Sie produziere ein Heer von Wissenschaftler, die – weil aufgrund der Unterfinanzierung der Universitäten auf die externen Gelder angewiesen – eben genau das beantragten und bewilligt bekämen, was von ihnen »erwartet« wird. Dies unterhöhle aber die Grundfesten der Wissenschaftsfreiheit – und bedeute, da Forschung an sich das Abweichen von bisher Gedachtem und »Erwartetem« ist, mittelfristig das Ende einer Wissenschaft, die sich und ihre Ergebnisse nicht bloß selbst reproduziert.

Hinter vorgehaltener Hand kritisieren fast alle WissenschaftlerInnen die Forschungspolitik der DFG, doch aus Angst in Zukunft keine Forschungsgelder mehr abzubekommen, verhalte die Kritik bisher in den universitären Büroräumen. Nun ist sie auch öffentlich ausgesprochen und die DFG kündigte daraufhin bereits am 7. Juli 2011 in ihrer Pressekonferenz anlässlich der Jahreshauptversammlung an, dass »das Prinzip der Selbstverwaltung und die gesamte Arbeit der DFG [...] künftig noch transparenter werden« solle. Ein erster Schritt sei der Ausbau des »Online-Projektinformationssystems GEPRIS«, das die geförderten Projekte auflisten soll – jedoch bisher ohne Nennung der Fördersummen. Sie begegne damit »Ansichten und auch vereinzelt Anwürfen, die von mangelnder Sachkenntnis oder Vorurteilen geprägt sind und etwa behaupten, die Arbeit der DFG geschehe im Geheimen und ohne Kontrolle.«

Janina Reibold

Konsequenzen für die Uni

vidualität des Wissenschaftlers aus dem letzten Loch gepfften: »Es bereitet Sorge, dass die Promotionsförderung immer stärker ausschließlich auf strukturierte Promotionsprogramme ausgerichtet wird. Die Universität Heidelberg setzt sich mit Nachdruck für eine Beibehaltung auch der Einzelförderung ein. Dennoch müssen in allen Fakultäten die Bemühungen verstärkt werden, strukturierte Promotionsprogramme anzubieten.« Das »Dennoch müssen...« wird in der Senatsempfehlung nicht anders erläutert als durch die Empfehlung zu dem, was sein soll.

Wer promovieren möchte, kann dies nach wie vor unabhängig von den Strukturprogrammen der Kollegs und dergleichen machen. Das Beratungs- und Verführungsangebot der Uni konzentriert sich jedoch auf diese (vor allem in der Graduiertenakademie). Neben der Struktur, die die Promotion verschult und damit unerfahrenen Wunschgraduierten Geborgenheit bietet, sind es Erfolgsquoten, die den neuen Weg empfehlen. Doktoranden in strukturierten Promotionsprogrammen kommen häufiger und schneller zum Absch(l)uss. Das bietet nicht nur eine hochschulpolitisch beruhigende Statistik, es kommt auch dem Wunsch vieler Studenten, schnell mit Titelei ins Berufsleben zu marschieren, entgegen. Keiner hat jedoch bisher gefragt, ob die Arbeiten der Turbopromoventen auch qualita-

tiv den alten Stil des langwierigen und risikoreichen Forschens übertrumpfen. Es ist zu bezweifeln, dass die Geldgeber für Promotionsprogramme eine Durchfallquote und Promotionsdauer wünschen, wie sie der Individualpromotion unterstellt werden. Nein, die Investition soll sich ja lohnen, eine Erfolgsstatistik den Ruhm selbstloser Wissenschaftsförderung sichern.

Strukturiertes Promovieren bietet den Dokortitelaspiranten eine weitere Bequemlichkeit, die deren Erfahrung aus dem Studium entspricht, Hausarbeitsthemen vorgegeben zu bekommen: Sie haben Rahmenthemen. Bei der Recherche dazu muss ich unaufmerksam gewesen sein, denn mir blieb völlig unersichtlich, ob die Idee sei, dass Doktoranden nur Themen initiieren dürfen, die durch die Strukturprogramme vorgegeben werden, oder ob die Meinung herrscht, diese Programme deckten sämtliche relevanten Themen gegenwärtiger Forschung ab. Wenn beides nicht der Fall ist, bleibt nur drittens: dass die Themen der Programme Worthülsen sind, in die jedes beliebige Thema eingepflockt werden kann.

Die Themenformulierung ist politisch ambitioniert, schöpft aus aktuellen Diskursen. Das ist hübsch anzusehen angesichts des Anspruchs der Forschung, aktuelle Diskurse zu analysieren. Als Worthülsenfrucht sind die Programme aber vor der Gefahr

gefeit, ein vorgegebenes Ergebnis lediglich zu bestätigen, weil ihr inneres Vakuum durchaus auch tatsächlicher Forschung Raum lässt. Doch wozu dann die Hülse, wenn man auch von vornherein das Ziel offen lassen kann?

Konsequenzen für die Hochschullehre

Das mag alles so klingen, als ginge es die StudentInnen ohne Ambition auf die Promotion nichts an. Da sind jedoch zwei Aspekte, die auch im Studium ihren Niederschlag haben: ein ökonomischer und ein anthropologischer. Als die Studiengebühren eingeführt wurden, konnten die Universitäten ihre Investitionen in die Lehre reduzieren. Dies geschah gleichzeitig mit der Steigerung der Drittmittelinwerbung für die Forschung. Insgesamt wurde das Land als Träger der Unis also finanziell entlastet. Mit der Abschaffung der Studiengebühren werden wieder neue Lasten aufgeladen. Der Ausgleich des Finanzausfalls durch Wegfall der Gebühren ist Programm der neuen, grün-roten Regierung. Guter Wille schafft jedoch keinen vollen Geldbeutel. Der Ruf nach einer stärkeren Investition des Bundes in die Hochschullehre wird lauter werden. Ein Exzellenz-Programm der Lehre hat schon stattgefunden, und wenn man sich die hier präsentierten Projekte anschaut, ergreift einen das nackte Entsetzen. An der Universität Freiburg wurde der sogenannte IndiTrack (für Individual Track) prämiert, der es den StudentInnen ermöglichen soll, ein nach individuellen Bedürfnissen gestaltetes zusätzliches Studienjahr zu absolvieren. Was einmal selbstverständlich war, wird durch solchen Klamauk zur pädagogischen Innovation erklärt. Statt ihre Zeit in Lehre zu investieren, wird von Dozenten erwartet, gesunden Menschenverstand in trendiges Pädagogen-Denglisch zu übersetzen und die Förderungsbürokratie am Laufen zu halten.

Die erste Rund dieser Exzellenz hat ebenso wenig genügt, finanzielle Engpässe zu beheben – was auch nicht der offizielle Zweck, jedoch der eigentliche Nutzen ist – wie es bei der Exzellenz der Forschung der Fall war. Neue Exzellenzen müssen folgen, alles muss exzellent werden, damit der Bund endlich wieder die Unis finanzieren darf und die Länder sich aufs Straßenbauen konzentrieren können.

Hundertschaften von Uniangestellten werden Projekte aus ihren Fingern saugen, um einen Brocken der Prämie zu erhaschen. Womit wir zum anthropologischen Aspekt des Themas kämen. Professoren sind als Angestellte der Uni verpflichtet, Drittmittel einzuwerben – ein arbeitsrechtlicher Skandal. Und es wäre naiv zu glauben, den größten Teil der Arbeitszeit mit der Produktion von Worthülsen zu verbringen, würde nicht den Charakter prägen. Ihr werdet gebrochene oder

zynische Dozenten haben. Die Leistung des Akademikers wird hin zum Antragschreiben und Projekte-Erfinden verlagert. Auf diese Praxis müssen sich alle einlassen, die eine Stelle an der Uni anstreben, auch studentische Hilfskräfte. Jeder, der nach einer Exzellenz der Lehre ruft, befördert diesen Trend.

Die Frage, ob Einzel- oder »Cluster«-Forschung in der Wissenschaft vorzuziehen sei, ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Struktur der Universität. Der akademische Nachwuchs ist selbstverständlich zur individuellen Qualifikation verpflichtet. Die strukturierte Promotion ändert daran nichts, soll lediglich Infrastrukturen verbessern. Die Rechenschaft für wissenschaftliche Qualität geht immer vom Subjekt aus. Anders die ökonomische Legitimierung, wie sie von der DFG propagandiert wird. Maßstab für die Förderungswürdigkeit sind unter einem Projekttitel versammelte Gruppen, etwa ganze Fakultäten oder kleinere, am besten interdisziplinäre Zusammenschlüsse. Die Praxis solcher Konglomeratsforschung kommt aus den Naturwissenschaften, wo die Anschaffung teurer Geräte die gemeinsame Nutzung von vielen Forschern ökonomisch notwendig macht. In den Geisteswissenschaften ist diese Bedingung nicht gegeben.

Die Voraussetzung für die Cluster-Förderung ist allein ein Interesse des Geldgebers, nämlich die Kalkulierbarkeit der Investition. Forschung ist immer mit dem Risiko des Scheiterns verbunden – sonst wäre es Verwaltung. Mit der Cluster-Förderung wird versucht, die Möglichkeit des Scheiterns auszuschließen, indem der Erfolg des Projekts durch die Projektbildung eintritt. »Exzellente« ist eine Uni dadurch, dass sie für ihre Projektvorschläge prämiert wird, nicht durch die Ergebnisse der Projekte.

Leonard Keidel

Der Zwang zu Open Access

= Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit

Wer einen Antrag auf Förderung bei der DFG stellt, wird irgendwo im Kleingedruckten den Satz finden: »Es wird erwartet, dass die Forschungsergebnisse in ein digitales Publikationskonzept einfließen.« Das meint, man soll sich mit dem Ergebnis der Arbeit nicht an einen Verlag wenden, der daraus ein Buch macht, sondern man soll seinen Text auf einen Server laden und damit frei zugänglich machen. Einen Server dafür bieten etwa die Universitätsbibliotheken an. Dieser Erwartung der Förderinstitution entspricht ein politisches Programm mit dem Ziel, sämtliche wissenschaftlichen Texte im sogenannten *Open Access*-Verfahren der Öffentlichkeit kostenlos zugänglich zu machen. Das Hauptargument dafür ist: Da Wissenschaft durch öffentliche Gelder finanziert wird, müsse auch deren Ergebnis der Öffentlichkeit frei zugänglich sein, und dürfe keine private Bereicherung für die Autoren oder deren Verlage durch die Publikation für den Buchmarkt entstehen.

Urheberrecht und Wissenschaftsfreiheit waren bisher aber die Stütze der Verlagspublikation. Der Wissenschaftler ist frei, also auch in der Wahl der Pu-

blikationsart. Das Urheberrecht ist ein Persönlichkeitsrecht, der Urheber als Individuum kann über dieses Recht frei verfügen, das Verwertungsrecht seines Textes etwa an einen Verlag per Vertrag abtreten. Das soll nun durch das sogenannte Zweitveröffentlichungsrecht korrigiert werden. Der Autor hat demnach die oben genannten Rechte, ein Verlagsvertrag für das Verwertungsrecht soll jedoch grundsätzlich nur eine Gültigkeitsdauer von sechs Monaten haben. Nach dieser Frist kann der Autor seinen Text in einer *Open Access*-Datenbank ein zweites Mal veröffentlichen.

Das ist schlecht für die Verlage, denn die Investition in eine Buchpublikation lohnt sich nicht mehr, wenn der gedruckte Text ein halbes Jahr nach der Erstveröffentlichung kostenlos im Internet zugänglich ist. *Open Access*-Befürworter rufen die Verlage dazu auf, sich an die neuen Bedingungen anzupassen, d.h.: Sie sollen ebenfalls digitale Publikationen in eigenen Datenbanken produzieren und diese per Abonnement den Universitätsbibliotheken zugänglich machen. Die Bibliotheken hätten ein Interesse daran, wissenschaftliche Ergebnisse sofort nach der Erstveröffentlichung zugänglich zu machen, würden also nicht die sechsmonatige Sperrfrist bis zur kostenlosen Zweitveröffentlichung warten, also zum zuverlässigen Abnehmer der Abonnements werden.

Ein solches Verkaufsmodell stärkt die Monopolstellung großer wissenschaftlicher Zeitschriftenverlage, die mit ihrem An-

gebot große Teile der Publizistik einer wissenschaftlichen Disziplin abdecken, auf welche die Universitäten angewiesen sind und darum horrenden Abonnementspreise hinnehmen müssen. Kleine Verlage, deren Programm Nischenprodukte anbietet, haben auf diesem Weg keine Chance zur Refinanzierung ihrer Investitionen in die Buchproduktionen.

Rechtlich problematisch ist das neue Modell erstens, weil über die Abhängigkeit von Förderinstitutionen erheblicher Druck auf die Wissenschaftler ausgeübt wird, sich des Mittels der *Open Access*-Publikation zu bedienen. Wenn die Förderung davon abhängig gemacht wird, ist die Wissenschaftsfreiheit dahin. Zweitens führt zur Einschränkung dieser Freiheit die Bindung an die Institution, an der der Wissenschaftler arbeitet: der Universität. Da die digitale Publikation auch mit Kosten verbunden ist – die Formatierung des Textes, die Pflege auf dem Server und die Sicherung der Daten für die Zukunft muss etwa durch die Universitätsbibliothek erfolgen – wird der Autor zur Kasse gebeten. Es sei denn, die Universität gewährt ihm einen Kostenzuschuss. Den kann sie nicht jedem bei ihr angestellten Wissenschaftler zukommen lassen, also muss sie auswählen. Aber nach welchen Kriterien? Wird sie einem Kritiker Geld zur Veröffentlichung seiner Kritik geben? Da sind Zweifel geboten.

Leonard Keidel

Zugänglich für alle, verloren für immer

Wie Open Access Forschung verhindert

Auch die Universitätsbibliothek Heidelberg forciert die *Open Access*-Ideologie. Sie stellt den Studenten Scanner zur Verfügung, die, eben weil Studenten gerne kostenlose Angebote nutzen (müssen), auch fleißig bedient werden. Stolz führte die UB an der Unimeile ihre Digitalisierungswerkstatt vor. *Open Access* verheißt scheinbar freies Wissen für alle. Das klingt irgendwie duftig, aber in Wirklichkeit stinkt es zum Himmel.

Denn *Open Access* schränkt die freie Wissenschaft erheblich ein. Nehmen wir an, im Archiv der UB liegt ein sehr umfangreiches Manuskript, dessen Edition ein dringendes Desiderat der Wissenschaft ist. Ein Wissenschaftler möchte es kommentieren, mit einem Register versehen, eine Transkription anfertigen und das Ganze publizieren. Mit einem Wort: Er möchte Wissenschaft betreiben.

Doch leider steht das Manuskript auf dem Digitalisierungsplan der UB, soll also irgendwann digitalisiert und *online* gestellt werden. Wenn der Wissenschaftler das Manuskript jetzt schon als Digitalisat benötigt, was zur Arbeit damit und zur Publikation unumgänglich ist, muss er pro Seite etwa 10 Euro dafür bezahlen: Bei 2000 Seiten sind das 20 000 Euro (*Open Access*? Sind Bibliotheken keine *öffentlichen* Einrichtungen?). Wo aber soll das Geld herkommen? Keine Förderungseinrichtung

und kein Verlag bemühen sich um ein solches Projekt, wenn noch *vor* oder kurz *nach* dem Druck des Buches sein Inhalt auf dem *server* für jeden frei zugänglich zu finden ist.

Was passiert? Wenn der Wissenschaftler nicht so blöd ist, aus eigener Tasche der UB die Digitalisierung zu bezahlen, um an dem Manuskript zu forschen, zu dem er dann nie eine ordentliche, geförderte Buchpublikation hervorbringen kann, lädt die UB das Manuskript allein für die Statistik auf den *server* hoch: unkommentiert, nicht entziffert, ohne Register, unerschlossen, einzelne Bilder einer Handschrift, die man (die *Open Access community*) zwar anstarren, aber nicht *lesen* kann. Mit einem Wort: völlig unbrauchbar, unwissenschaftlich, unsichtbar, für immer für die wissenschaftliche Arbeit und für das öffentliche Interesse verloren.

Wissenschaft im Zeitalter des e-Science

Niemand hindert einen Wissenschaftler daran, seine Ergebnisse ins Netz zu stellen, die Basis seines Arbeitens aber zu untergraben, ist das Gegenteil von Wissenschaftsförderung. Die Programmatik des *e-Science* (*bäh-Wissenschaft*) aber fördert *Open Access* mit allen Mitteln, will die *Online*-Publikation vorschrei-

ben und damit die Publikationsfreiheit des individuellen Wissenschaftlers abschaffen. Onlinepublikation ist, wie gezeigt, nicht in allen Fächern sinnvoll. Und dennoch erfährt *Open Access* eine massive pauschale Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Über eine solche Forschungslenkung, nur *Open Access*-Projekte werden gefördert, setzt man blind Paradigmen durch, die letztlich dazu führen, dass entgegen der verlautbarten Intention die Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse *verhindert* wird. Dahinter steht auch das Bild des Wissenschaftlers als *server*, als Dienender.

Wissen aber wird nicht produziert wie Bleistifte, es *entsteht* – und zwar durch die Bereitschaft eines Menschen, sich intensiv und ausdauernd mit einem Problem zu befassen. Einem Wissenschaftler ist dabei zuzutrauen und zuzumuten, selbst zu bestimmen, auf welche Art und Weise er einen Gegenstand untersucht und welche Interessen er an ihm entwickelt. Die Vorstellung, Wissenschaft betreibe man nach der Stechuhr und im Stehschritt, ist irrsinnig. Wissenschaft kann nicht auf Geheiß von oben exekutiert werden, sie entspringt der intrinsischen Mo-

tivation des Wissenschaftlers. Dienst nach Vorschrift ist wissenschaftsfremd.

Doch scheint sich die Ansicht zu verbreiten, wir lebten in einem Ameisenstaat, wo der ganze Wissenschaftsbau fleißig alle Forschungsergebnisse ohne jede Mitbestimmung und Mitverantwortung der Publikationsform umstandslos abliefern muss, nämlich *Open Access online*. Eine geisteswissenschaftliche Dissertation aber ist auf dem *server* genauso unsichtbar wie unlesbar. Erst gedruckt erfüllt sie ihren Zweck. Wird man aber zwangsweise dazu verpflichtet, sie *online* der *Alma Mater* zur Verfügung zu stellen, wird kein Verlag die Arbeit mehr drucken. Programmatische Verhinderung von Wissenschaft.

Es geht nicht darum, mit öffentlichen Mitteln zustande gekommenes Wissen zum geheimen Privateigentum zu erklären (welcher Wissenschaftler wollte das?), sondern die Freiheit und das Recht jeden Wissenschaftlers zu gewahren, selbst über die Art und Weise der Publikation zu bestimmen. Denn er selbst, auch das ist ihm zuzutrauen, weiß es besser als der Bürokratieapparat.

Gregor Babelotzky



IMPRESSUM... der UNIMUT

Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg Ausgabe 04/2011. Nr. 213 vom 11. Juli 2011. Redaktion: Gregor Babelotzky, Leonard Keidel, Janina Reibold. Auflage 3000. Unidruckerei. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Unterstützt von der FachSchaftsKonferenz, Albert-Überle-Str 3-5, 69117 Heidelberg. e-mail: unimut@posteo.de; www.uni-heidelberg.de/unimut

Bilder: Titelseite: »A monkey trick« von Charles Bennett, in: *Illustrated Times*, Mai bis Oktober 1863; Rückseite: »Elefantent Parade« - parading elephants in the zoo« von atibens (<http://www.flickr.com/photos/atibens/4046120886/>).